

Finanzierungslücken in Milliardenhöhe rufen nach PPP-Modellen

Die Finanzierungslücken in Milliardenhöhe beim Agglomerationsverkehr zwingen zum Einbezug auch von Modellen des Public Private Partnership (PPP). Beim Bund könnte das Modell mithelfen, die Budgetvorgaben für die Sanierung der Bundeskasse einfacher zu erreichen. Der Verein PPP Schweiz erarbeitet deshalb derzeit Grundlagen, die eine Klärung der Anforderungen an die erfolgreiche Umsetzung von PPP-Projekten herbeiführen sollen.

Allein die Präsentation der Bedürfnisse des Agglomerationsverkehrs im Rahmen der PPP-Fachtagung 2008 zeigt nach Überzeugung des Vereins PPP Schweiz, dass Kantone und Gemeinden zur Finanzierung wünschenswerter Vorhaben auch das Public-Private-Partnership-Modell einbeziehen müssen. Beim Bund könnte der vermehrte Einsatz von PPP-Modellen helfen, die Sparbemühungen umzusetzen und Budgetvorgaben für die Sanierung der Bundeskasse einfacher zu erreichen. Die Schweiz darf sich aber auch nicht scheuen, von den Erfahrungen im Umgang mit solchen Modellen im Ausland zu profitieren. Zu diesen Schlüssen kam Thomas Pfisterer, Präsident des Vereins PPP Schweiz und vormaliger Ständerat, anlässlich einer Medienorientierung.

Das Interesse an Public-Private-Partnership-Modellen ist stark gestiegen, noch bescheiden sind dagegen die praktischen Erfahrungen im Umgang mit der neuen Alternative zur staatlichen Aufgabenerfüllung. Aus diesem Grund ist der Verein PPP Schweiz daran, die Anforderungen an die erfolgreiche Umsetzung von PPP-Projekten aus finanzieller Sicht und an die

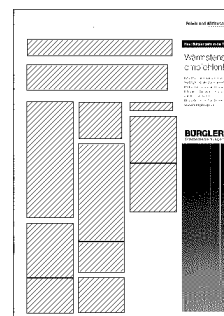
politischen Entscheidungsprozesse in einem Positionspapier festzuhalten. Dieses Positionspapier dürfte im Herbst vorliegen. Schon heute kann aber eine zentrale Folgerung daraus abgeleitet werden: Nur wenn es gelingt, die heute vielfach noch offenen finanziellen Fragen befriedigend zu lösen und die Prozessabläufe für PPP-Vorhaben für Regierung und Politik zu vereinfachen, kann mit einem breiten Erfolg des PPP-Modells in der Schweiz gerechnet werden.

Chancen im Agglomerationsverkehr

Pierre-Alain Rumley, Direktor des Bundesamtes für Raumplanung, erinnerte daran, dass das Parlament im Infrastrukturfonds Mittel für die Mitfinanzierung im Agglomerationsverkehr in der Höhe von 6 Milliarden Franken beschlossen hat. Bis Ende 2007 wurden 30 Agglomerationsprogramme mit einem Investitionsvolumen von rund 17 Milliarden Franken zur Prüfung eingereicht. Der Bund unterstützt die Programme mit einem finanziellen Beitrag von 30 bis 50 Prozent. Da für dringliche Vorhaben bereits 2,5 Milliarden Franken freigegeben wurden, stehen für die Mitfinan-

zierung der weiteren Massnahmen noch maximal 3,5 Milliarden Franken zur Verfügung. Die Investitionswünsche übersteigen somit die Mitfinanzierungsmöglichkeiten um mindestens das Doppelte.

Durch die neuen, durch den Infrastrukturfonds geschaffenen Voraussetzungen sieht eine Arbeitsgruppe des Bundes das grösste Potenzial für PPP-Projekte im Bereich der Finanzierung des Kantons- und Gemeindeanteils sowie von Rollmaterial, Betrieb und Unterhalt der neuen Infrastrukturen. Anhand einer Praxisstudie wurden Projekte ermittelt, die sich grundsätzlich für eine PPP-Finanzierung eignen würden. Insbesondere interessant wären aufgrund der Projektart sowie des Projektstandes die Projekte «TransRUN» sowie die Stadtbahn Limmattal. Der Bund steht denn auch PPP-Projekten grund-





Verein PPP Schweiz

Schweizer
BAUwirtschaft

8035 Zürich
Auflage 26 x jährlich 7'566

1081047 / 350.4 / 25'984 mm² / Farben: 0

Seite 23

18.06.2008

sätzlich positiv gegenüber und ist bereit, sein fachliches Know-how zur Verfügung zu stellen. Die Initiative für die konkrete Bearbeitung solcher Projekte muss jedoch laut Rumley von den betroffenen Kantonen und Gemeinden ausgehen. ■

Verein PPP Schweiz

Argus Ref 31639984